

Antrag

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,**

Dr. Simone Strohmayr SPD,

Dr. Hans Jürgen Fahn FW

Zuständigkeiten in der Staatsregierung für Eine-Welt-Politik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis spätestens zum Beginn der nächsten Legislaturperiode die Koordination für entwicklungspolitische Aktivitäten in der Staatskanzlei zu bündeln. Damit verbunden ist die Koordination des Arbeitskreises Entwicklungszusammenarbeit bayerischer Ministerien. Die Vertretung Bayerns auf Bundesebene wird im Eine-Welt-Bereich durch die Staatskanzlei wahrgenommen.

Begründung:

Die Zusammenarbeit mit den bayerischen Partnerregionen (u.a. Westkap, Gauteng, Karnataka, Shandong, Sao Paulo) wird bereits von der Staatskanzlei koordiniert. Im Zuge dieser Zusammenarbeit ist die Staatsregierung zunehmend mit entwicklungspolitischen Fragestellungen konfrontiert. Der Leiter der Staatskanzlei ist zudem Ansprechpartner der Staatsregierung für die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Eine-Welt-Gruppen in Bayern. Die Koordination der verschiedenen entwicklungspolitischen Aktivitäten Bayerns ist zusammenzuführen. Eine durch die Staatskanzlei (statt wie bisher vom Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie) wahrgenommene Vertretung Bayerns auf Bundesebene kann zudem zu einer breiteren entwicklungspolitischen Positionierung beitragen.